



Bund für Umwelt
Und Naturschutz
Deutschland e.V.
Friends of the Earth
Germany

Bundesgeschäftsstelle

Fon: 0 30/2 75 86-40
Fax: 0 30/2 75 86-440

bund@bund.net
www.bund.net

Prof. Dr. Hubert Weiger
Vorsitzender

Fon: 0 30/2 75 86-4 31
Fax: 0 30/2 75 86-4 60
hubert.weiger@bund.net

Rede Prof. Dr. Hubert Weiger

Abschlusskundgebung Demo „Wir haben es satt“, 19.01.2013, Berlin

Liebe Freundinnen und Freunde einer zukunftsfähigen Landschaft und damit einer zukunftsfähigen Landwirtschaft! Es ist sehr bewegend, so viele Menschen zu sehen, die sich teilweise schon vor Mitternacht auf den Weg gemacht haben, um aus allen Teilen der Republik nach Berlin zu kommen. Viele kommen erst morgen früh wieder zuhause an. Ihre An- und Abreise finanzieren sie selbst.

Allein die Vielfalt der Fahnen zeigt: Es ist uns als Agrarbündnis, das vor 30 Jahren klein angefangen hat, nach jahrzehntelanger Arbeit gelungen, eine breite gesellschaftliche Bewegung in Deutschland in Gang zu setzen. Eine Bewegung, die getragen wird von ökologisch und konventionell wirtschaftenden Bäuerinnen und Bauern, von Natur- und Umweltschützern, von Tierschützern, von kirchlichen Gruppen, von Eine-Welt-Gruppen, von Anti-Gentechnik-Gruppen, von Imkern und von all denjenigen, die ein Interesse an einem nachhaltigen Leben haben. Das ist toll!

Die Politik muss diese Bewegung endlich zur Kenntnis nehmen. Wir repräsentieren zunehmend die Mehrheit der Bevölkerung und haben es satt, angelogen zu werden.

Ob Imker oder Naturschützer, ob Bauern oder kritische Verbraucher, ob Tierschützer oder Eine-Welt-Gruppen – wir haben erkannt, dass es bei agrarpolitischen Fragen nicht nur um irgendwelche Preise oder irgendwelche Gesetze geht. Es geht um die zentralen Fragen unseres Lebens. Es geht um die Frage, wie wir uns ernähren, wie wir Tiere halten, wie wir verantwortungsvoll mit Boden, Wasser und Luft umgehen, wie wir uns gegenüber anderen Ländern und auch gegenüber kommenden Generationen verantwortungsvoll verhalten. Das heißt Nachhaltigkeit. Der Begriff Nachhaltigkeit ist eine leere Hülse, wenn unter seinem Deckmantel eine Agrarpolitik betrieben wird, die zerstörerisch ist, die agrarindustriell ausgerichtet ist. Man sollte dann das Wort „nachhaltig“ besser nicht in den Mund nehmen.

Wir sind hier an einem entscheidenden Ort. Sowohl im Parlament als auch im Kanzleramt wird in diesem Jahr entschieden, wohin die Reise geht. Das Jahr 2013 ist entscheidend, da die Europäische Union eine Änderung der Agrarpolitik plant. Es geht um fast 300 Milliarden Euro, die in den nächsten Jahren neu verteilt werden. Es geht um die Frage, wer dieses Geld wofür bekommt. Wir müssen uns einmischen und fordern gerade das Europäische Parlament auf, seine Verantwortung für die europäische Bevölkerung ernst zu nehmen und nicht an die nationalen Regierungen zu delegieren. Das heißt konkret, dass das Europäische Parlament die zaghaften Schritte der EU-Kommission aktiv unterstützen muss. Es darf in Zukunft nur noch Gelder geben für am Gemeinwohl orientierte Leistungen. Wir haben es satt, dass diejenigen am meisten Geld bekommen, die die meiste Fläche haben und die wenigsten Menschen auf dieser Fläche beschäftigen. Das hat mit zukunftsfähiger Agrarpolitik nichts zu tun. Das haben wir satt.

Wir haben es umgekehrt satt, dass gerade die Betriebe, die die größten ökologischen Leistungen bringen, im härtesten Wettbewerb stehen, dass die Betriebe, die ihre Tiere auf eigener Futtergrundlage ernähren, zunehmend in einen Wettbewerb geschickt werden, den sie nicht gewinnen können. Wir haben es satt, dass die Bauern inzwischen für ihre Milch weniger Geld bekommen, als wir für Mineralwasser bezahlen müssen. Wir haben es satt, dass ökologische Leistungen, die wir als Steuerzahler wollen, kaum oder nur minimal honoriert werden und dass, wenn irgendwo gekürzt wird, in genau diesem Bereich gekürzt wird. Wir haben es satt, dass in Deutschland inzwischen die Standards soweit reduziert und ausgehebelt sind, dass wir das El Dorado für die Agrarindustrie in Europa geworden sind. Holländische Investoren kommen zu uns, weil sie bei uns das umsetzen können, was im eigenen Lande nicht mehr erlaubt ist. Das haben wir satt. Und wir haben es satt, dass der Deutsche Bauernverband noch das Wort Bauer in den Mund nimmt, obwohl er die Interessen der Agrarindustrie vertritt.

Wir fordern das Europäische Parlament auf, Flagge zu zeigen. Flagge zu zeigen für ein Greening, das den Namen zu recht verdient und kein Greenwashing ist. Dieses Greening muss verbindlich sein. Gelder müssen an verbindliche Standards gebunden werden und diese Standards müssen höher sein als die gesetzlich vorgeschriebenen. Vor allem müssen die Bauern, die die höchsten ökologischen Leistungen bringen, das meiste Geld bekommen. Subventionen müssen an die Schaffung von Arbeitsplätzen gebunden sein. Wir wollen nicht die durchrationalisierten Betriebe weiter mästen, die mit einem Minimum an Menschen, mit Saisonarbeitern ein Maximum an Erträgen zu Lasten der Natur, der Umwelt erwirtschaften. Wir müssen uns über

die Zunahme der Arbeitslosigkeit in Europa nicht wundern, wenn wir diese perverse Politik gegen den ländlichen Raum, aber für die Agrarindustrie betreiben.

Wir müssen die Tierhaltung wieder an die Fläche binden und uns nicht abhängig machen von Futtermittelimporten zu Lasten der Länder des Südens, zu Lasten der tropischen Regenwälder. Wir zerstören damit doppelt, wir vernichten unsere Existenz im eigenen Lande und anderswo. Wir vernichten unsere Ressourcen, gerade auch in Niedersachsen, dem deutschen Agrarland Nummer eins, und wir vernichten die Ressourcen dieser Erde. Den Profit haben einige wenige zu Lasten von Millionen.

Diese Politik haben wir satt. Und deshalb ist das Europäische Parlament gefordert, Flagge zu zeigen und die Kanzlerin ist gefordert, nicht länger eine Agrarpolitik auf europäischer Ebene zu blockieren, die versucht, diesen Zielen wenigstens teilweise zu entsprechen. Momentan ist Deutschland nicht der Vorreiter einer multifunktionalen Landwirtschaft in Europa, sondern droht das Schlusslicht zu werden aufgrund seiner Blockadepolitik – angeführt vom Deutschen Bauernverband und der Fördergemeinschaft Nachhaltige Landwirtschaft, an deren Spitze Monsanto, Syngenta und die ganzen anderen Gentechnikagrarkonzerne stehen. Das haben wir satt.

Wir fordern den Bundestag auf, wir, der Kanzlerin einen klaren Beschluss für den europäischen Gipfel mit auf den Weg zu geben, nämlich dass Deutschland eine zukunftsfähige Landwirtschaft unterstützt. Wir fordern den Deutschen Bundestag auf, endlich ein Baugesetzbuch auf den Weg zu bringen, das mit der Privilegierung der gewerblichen Landwirtschaft im Außenbereich Schluss macht. Wir brauchen Ober-

grenzen, die tatsächlich dem Tierschutz entsprechen und nicht vor allem den Interessen der Agrarindustrie dienen. Wir brauchen endlich eine Umsetzung wirkungsvoller Umweltauflagen.

Die Agrarindustrie, liebe Freundinnen und Freunde, ist dann beendet, wenn sie endlich die Kosten, die sie verursacht hat, auch tragen muss. Gegenwärtig wird sie jedoch maßlos direkt und vor allem indirekt subventioniert. Nur die Subventionierung der Agrarindustrie macht ihre Erzeugnisse so billig. Ich finde es unverschämt, dass sich unsere bäuerlichen Betriebe rechtfertigen müssen für ihre angeblich zu hohen Erzeugerpreise, da diese die wahren Produktionskosten widerspiegeln. Die bäuerlichen Betriebe haben die Auflagen, die man den anderen nicht macht, weil man von ihnen die entsprechenden Spenden kassiert hat. Das ist doch die brutale Wahrheit in unserem Lande. Wer das Geld gibt, kriegt es über die Subventionen zurück und das Wort Bäuerlichkeit wird missbraucht, um bäuerliche Strukturen zu zerstören. Dagegen stehen wir auf und das haben wir satt. Diese unchristliche Verlogenheit, mit der wir konfrontiert sind.

Wir sind aber auch direkt gefordert, als Wähler in Zukunft denjenigen keine Stimme mehr zu geben, die die Axt an unsere bäuerliche Landwirtschaft legen. Denjenigen, die direkt oder indirekt mit ihrer Politik die Agrarindustrie subventionieren. Wir sind als Konsumenten gefordert, uns klarzumachen, dass wir mit unserem eigenen Einkaufsverhalten über die Zukunft der Landschaft und der Landwirtschaft Tag für Tag selbst entscheiden. Billigfleisch ist am Ende das teuerste Fleisch, denn wir bezahlen letztendlich mehr dafür. Die Geiz-ist-geil-Mentalität ist pervers, denn sie richtet sich

am Ende gegen uns selbst. Wir schädigen uns selbst mit dem Geiz im Bereich der Lebensmittel.

Wir sind als Bürgerinnen und Bürger gefordert, das, was uns hier zusammengeführt hat, vor Ort weiterzuführen, die Partnerschaften vor Ort auszubauen. Gemeinsam sind wir stark. Die Bewegung von unten muss wachsen. Wir werden mit einer Demo allein diese Politik nicht verändern; aber wenn sich Millionen Menschen zusammenfinden, dann können wir eine andere Politik durchsetzen. Eine Politik, in der wir anständig mit Bauern umgehen, mit Tieren und mit der Landschaft. Eine Politik, mit der wir unseren Bäuerinnen und Bauern die Würde zurückgeben, die sie mit ihrer Arbeit verdient haben. Ich danke Ihnen.